

Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder: 5,6 Prozent mehr in der Tasche!



Kurz vor Mitternacht am 8. März informierte der dbb Verhandlungsführer Willi Russ (Dritter von rechts) die Mitglieder der dbb bundestarifkommission, darunter auch der DPoLG-Landesvorsitzende Joachim Lautensack, über den Sachstand der überaus zähen Verhandlungen, die immer wieder kurz vor dem Scheitern standen.

Am Vormittag des 9. März konnte Russ dann über eine

Kompromisslösung berichten, die in der Bundestarifkommission diskutiert und schließlich auch beschlossen wurde. „Das lineare Ergebnis stimmt. Dieser Kompromiss ist ordentlich. Wir können zufrieden sein.“ Kurz und knapp war das erste Resümee von dbb Verhandlungsführer Willi Russ zu allen Punkten jenseits der Eingruppierung für Lehrkräfte. Er stellte in seiner Analyse eine direkte Verbindung zwischen den in den letzten zwei Wochen intensivierten

die TdL das schon fade Angebot von 2011 noch einmal als dünnen Aufguss angeboten hat.“

Das Ergebnis im Detail

Der Einkommenszuwachs

Für die rund 800 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Landesdienst erhöhen sich die Einkommen ab dem 1. Januar 2013 um insgesamt 5,6 Prozent. Dieser Gesamtwert teilt sich bei einer Laufzeit von zwei Jahren (bis 31. Dezember 2014) wie folgt auf:

- > 2,65 Prozent ab dem 1. Januar 2013 (rückwirkend)
- > 2,95 Prozent ab dem 1. Januar 2014

Entgelttabellen

Die vorläufigen Entgelttabellen und der Einigungstext stehen unter www.dbb.de zum Download bereit.

Aus Sicht des dbb machte Russ unmissverständlich klar, dass es keinen Grund gibt, diese lineare Einkommensperspektive den Beamtinnen und Beamten im Land sowie im Kommunaldienst vorzuenthalten. „Die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung ist ein Essential. Wer

davon Abstriche macht, trägt Unzufriedenheit und Demotivation in die Verwaltungen.“

Azubis/Praktikanten

Bei vorausgesetztem Bedarf werden alle Auszubildenden nach bestandener Abschlussprüfung für zwölf Monate übernommen, im Anschluss – bei entsprechender Bewährung – unbefristet. Die Ausbildungs- und Praktikantentgelte erhöhen sich ab dem 1. Januar 2013 um einen Festbetrag von monatlich 50 Euro und ab dem 1. Januar 2014 um weitere 2,95 Prozent.

Urlaubsregelung

Bei der neuen Urlaubsregelung konnte der dbb einen eindeutigen Erfolg verzeichnen. Die neue Urlaubsregelung ist ebenso klar wie unkompliziert: 30 Tage Jahresurlaub für alle Landesbeschäftigten – altersunabhängig! Azubis erhalten einen Jahresurlaub von 27 Tagen.

Mit dem vorliegenden Ergebnis ist jedoch erst eine Schlacht geschlagen. Schon bald steigt erneut die Spannung, wann dieser erfolgreiche Tarifabschluss für die Tarifbeschäftigten auf die Beamtschaft in den Ländern übertragen werden soll. Dies wird ein neuer Tag der Wahrheit werden, denn schon im Vorfeld haben die Länderfinanzminister unter Heulen und Zähneklappern erklärt, dass nicht mehr als 1,5 Prozent für die Beamten drin wären.



> M. Riehl, W. Kasel, R. Wendt, K. Bredendiek (von links)

Aktionen und Warnstreiks einerseits und dem Ergebnis andererseits her. Russ wörtlich: „Ohne die bundesweite Unterstützung der Beschäftigten hätten wir heute überhaupt nichts erreicht. Aber auch mit dieser tollen Unterstützung war ein vernünftiger Einstieg in eine Grundtarifierung für Lehrkräfte nicht möglich. Die TdL hat sich jedem Kompromiss verweigert. Tiefpunkt war, dass

M. Riehl, J. Bullerjahn, R. Wendt, W. Kasel (von links)



Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Schwabenstraße 4
76646 Bruchsal
Telefon (0 72 51) 57 10
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon (07 11) 24 51 41
Telefax (07 11) 2 36 10 53
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830



Landesweite Protestaktion

Tausende demonstrieren in Stuttgart

Öffentlich Beschäftigte aus allen Bereichen im Landesdienst haben am 5. März 2013 in Stuttgart für ein faires Tarifiergebnis Stärke demonstriert. 7 500 Arbeitnehmer, solidarisch unterstützt von Beamten und Versorgungsempfängern, waren dem Aufruf von dbb, BBW und DGB-Gewerkschaften gefolgt. Sie alle reihten sich in den kilometerlangen Protestzug durch die Stuttgarter Innenstadt zum Schlossplatz ein, wo unter anderem BBW-Chef Volker Stich und der DPoIG-Landesvorsitzende Joachim Lautensack die Solidarität aller öffentlich Beschäftigten beschworen: „**Gemeinsam werden wir die Landesfinanzminister zum Einlenken zwingen, denn ohne uns funktioniert Deutschland nicht**“, rief Stich den Kolleginnen und Kollegen zu, die lautstark Zustimmung signalisierten.

Die DPoIG dankt allen Teilnehmern am landesweiten Warnstreik und an der Protestaktion in Stuttgart. Tarifbeschäftigte und auch zahlreiche Beamte haben damit ihre Erwartungshaltung deutlich signalisiert.

Nach dem Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder liegt es nun an der grün-roten Landesregierung die Wertschätzung gegenüber ihren Beamten und Versorgungsempfängern in Euro und Cent auszudrücken. Es geht um nichts anderes als um Gerechtigkeit und um Teilhabe an der Lohn- und Einkommensentwicklung. Sollten die Koalitionäre jedoch wirklich eine Nullrunde oder eine Deckelung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung realisieren, ist ihnen der nächste Protest, sicherlich mit noch viel mehr Beamtinnen und Beamten, fast schon sicher. ■





DPolG startete Mittagspausenaktion zu den Tarifverhandlungen



> Aktion in Heidelberg

einer Woche mit der ersten Mittagspausenaktion im Badischen den Startschuss für eine breit angelegte Informationsoffensive gegeben.

Vor dem Dienstgebäude der PD Heidelberg fanden sich zwischen 11.30 Uhr und 13 Uhr bei strahlendem Sonnenschein circa 100 Kolleginnen und Kollegen ein, um sich bei heißen Würstchen und Getränken über die Verhandlungen in Berlin, die Forderungen der Verhandlungspartner sowie über mögliche Warnstreiks und Streikmaßnahmen zu informieren.

Die ersten Runden der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes und der Länder waren für die Verhandlungsteilnehmer auf Arbeit-

nehmerseite ernüchternd. „Keine Angebote der Arbeitgeberseite“, war nach Abschluss der Sondierungen und Expertengespräche den Medien zu entnehmen.

Logische Folge sind Warnstreiks landauf, landab. Um die Betroffenen über die tariflichen Forderungen und deren Folgen zu informieren, hat der KV Heidelberg am Montag vor

Es kamen jedoch nicht nur Kolleginnen und Kollegen der Polizei in die Informationsrunde, auch Beschäftigte der Justiz, des Zolls und der Finanzverwaltung zeigten „Flagge“ und übten Solidarität. ■



> Aktionen in Offenburg



> Aktionen in Freiburg



> Manfred Riehl im Gespräch mit den Medien in Karlsruhe



> Aktion in Karlsruhe

Polizeireform stößt bei Bereitschaftspolizisten auf Ablehnung

Deutsche Polizeigewerkschaft für Erhalt einer Polizeischule und einer Einsatzabteilung je Standort

Bei einem Themenabend zur Polizeireform bei der Bereitschaftspolizeidirektion Göppingen sprachen sich Vertreter der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) klar gegen die Umsetzung der Polizeireform aus. Zu Gast waren der Landesvorsitzende Joachim Lautensack sowie der Erste Stellvertretende Landes- und Stellvertretende Bundesvorsitzende Ralf Kusterer.

Bei seiner Begrüßung der interessierten Zuhörer im nahezu voll besetzten Speisesaal der Bereitschaftspolizei, darunter viele Lehrer der Polizeischule Göppingen, stellte Kreisvorsitzender Jürgen Engel die enorme Betroffenheit der Beschäftigten in der Bereitschaftspolizei Göppingen dar. Durch die geplante Auflösung der Polizeischule seien bis zu 60 Lehrer betroffen, die entweder zur fast 100 Kilometer entfernten Polizeischule nach Biberach wechseln oder ihre jetzige Unterrichtstätigkeit gänzlich aufgeben müssen. Ebenso betrof-

fen seien hunderte von Polizeischülern, die ihre Ausbildung nicht mehr in Göppingen beenden und völlig systemfremd während der Ausbildungszeit Lehrer und Ausbildungsort wechseln müssen.

Gleichfalls tangiert seien die Bediensteten der Sanitätsstelle, deren zukünftiger Arbeitsort nach Stuttgart verlegt werden soll, was für viele Arzthelferinnen eine kaum zu finanzierende Wegstrecke darstellen würde. Und dies, obwohl das Gebäude des polizeiärztlichen Dienstes erst vor Monaten für mehr als eine Million Euro renoviert und für die medizinischen Belange modernisiert wurde.

Auch die vor wenigen Jahren teuer aufgebaute Stelle für Digitalfunk soll im Zuge der Reform nach Stuttgart verlegt werden. Das stellt für viele Kollegen, die überwiegend aus dem Kreis Göppingen stammen, ein großes Problem dar, da sie durch ihre Spezialkennt-

nisse zunächst keine Alternative sehen und den Umzug begleiten werden müssen.

Jürgen Engel stellte fest: „Wenn man jetzt noch hinzunimmt, dass in Böblingen und Biberach die Einsatzabteilungen geschlossen werden und viele der Betroffenen nach Göppingen wechseln sollen, kann man von einer enorm hohen Belastung der Bereitschaftspolizei sprechen. Kaum ein Dienstzweig der Polizei wird so zerschlagen wie die Bereitschaftspolizei.“

In einem engagierten Vortrag stellte der Landesvorsitzende Joachim Lautensack dar, dass er landesweite Proteste der Polizeibeschäftigten wahrnehme und diese Reform keineswegs ein Projekt aus der Mitte der Polizei sei. Insbesondere fehle es an einer ernsthaften Beteiligung der Beschäftigten, der Gewerkschaften und der Personalvertretungen.

Konstruktive Kritik würde von der Politik nicht wahrgenom-

men, eine Einflussnahme sei schlicht nicht möglich. Innenminister Gall halte an den Eckpunkten der Reform in unveränderlicher Weise fest, nicht einmal in Teilen sei man zu Veränderungen bereit. Ernsthaft vorgetragene Argumente würden als nicht schlüssig abgetan. Lautensack kritisiert auch, dass für diese Reform keine Alternativpläne entworfen wurden. „Wenn zum 1. Januar 2014 der Hebel umgelegt wird, werden wir die Auswirkungen voll zu spüren bekommen“, so Lautensack weiter.

Auf die Gesamtsituation der Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg ging im Anschluss Ralf Kusterer ein, der die Zerschlagung der Standorte als völlig unnötig und unverständlich einschätzte. Die Bereitschaftspolizei sei eine wahre Erfolgsgeschichte und hätte sich in der Vergangenheit sowohl im Einsatzbereich als auch im Bildungsbereich bewährt. Mit den fünf Standorten in Göppingen, Bruchsal,



▶ Joachim Lautensack beim Themenabend zur Polizeireform bei der BPD Göppingen



Biberach, Lahr und Böblingen sei das Land optimal abgedeckt. Einsatzkräfte erreichen zeitnah alle Brennpunkte, zudem habe die Polizei so für Jugendliche aller Landesteile gut zu erreichende und somit attraktive Ausbildungsstätten.

Kusterer, der seit Jahren auf der Bundesebene gewerkschaftlich für die Bereitschaftspolizeien der Länder unterwegs ist, verwies auch auf die Erfahrungen der vor circa zwei Jahren abgeschlossenen Polizeireform in Bayern. Auch hier wurden die gemischten Schul- und Einsatzstandorte getrennt und „sortenreine“ Dienststellen geschaffen. Eine Expertenkommission hat die damit verbunden negativen Auswirkungen aufgelistet und die Rückkehr zu den bewährten gemischten Standorten empfohlen. Auch ohne die ministerielle Entscheidung hat man die Trennung wieder aufgehoben und nur in München einen Einsatzschwerpunkt

belassen. „Wir sind drauf und dran, die gleichen Fehler wie in Bayern zu machen. Es ist hanebüchen, wenn man im Innenministerium Baden-Württemberg versucht, die Bereitschaftspolizeien als nicht vergleichbar darzustellen. In der zentralen Frage einer Trennung von Ausbildung und Einsatzabteilung und deren Auswirkungen passt da kein Blatt Papier dazwischen“, so Kusterer abschließend.

Bei der Abschlussdiskussion wurden viele Fragen aufgeworfen, die von einer enormen Betroffenheit der Beschäftigten geprägt war. Zukunftsängste und Ausweglosigkeit, wie sie sicher von vielen Göppinger Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren und nur unter Inkaufnahme eines Umzugs oder weiter Wegstrecken einen Arbeitsplatz finden, können dies sicher nachvollziehen.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft will weiter für den so-



> Joachim Lautensack kämpft für den Erhalt der BPD GP als Schul- und Einsatzstandort

nannten Schul- und Einsatzstandort in Göppingen kämpfen. Das sagte die Gewerkschaftsspitze der mit fast 15 000 Mitgliedern stärksten berufspolitischen Polizeigewerkschaft den Angehörigen der Bereitschaftspolizei Göppingen zu.

Jürgen Engel stellte abschließend eine Postkarten-, Flyer- und Flugblattaktion des DPoIG-Bezirksverbandes Be-

reitschaftspolizei vor, die an allen Standorten der Bereitschaftspolizei durchgeführt werden soll.

Mit der Postkarte können die Betroffenen dem Innenminister ihre ganz individuelle Betroffenheit mitteilen.



Ministerpräsident empfängt BBW-Spitze: Konkrete Aussagen zur Besoldungsanpassung verweigert

Wie viel Geld ist die Landesregierung bereit, für Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst des Landes auszugeben? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Erörterung, zu der Ministerpräsident Winfried Kretschmann gemeinsam mit Staatssekretär Peter Murawski den Vorsitzenden des BBW, Volker Stich, und dessen Stellvertreter Joachim Lautensack am 20. Februar 2013 empfangen hat.

Konkrete Aussagen, wie sich die Landesregierung in der Gehaltsfrage gegenüber den Beamten und Pensionären verhalten wird, machte der Ministerpräsident nicht. Stattdessen verwies er ein weiteres Mal auf den Sparzwang des Landes und erklärte, dass die grün-rote Landesregierung nicht mehr Geld für die Gehaltssteigerung aller öffentlich Beschäftigten des Landes ausgeben wolle, als die im Haushalt 2013/2014 bereitgestellten Mittel.



> J. Lautensack, V. Stich, P. Murawski und W. Kretschmann (von links)



Gespräch mit der Fraktionsspitze von Bündnis 90/ Die Grünen: Keine Annäherung bei gegensätzlichen Positionen

Ohne konkretes Ergebnis zur Anpassung von Besoldung und Versorgung trennten sich am 4. März 2013 Spitzenvertreter von BBW und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach einer eineinhalbstündigen Unterredung im Haus der Abgeordneten.

Edith Sitzmann, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, hat gemeinsam mit

Fraktionskolleginnen und -kollegen den BBW-Vorsitzenden Volker Stich und zwei seiner Stellvertreter zu einem Gedankenaustausch empfangen.

Gegenstand der Unterredung waren neben der Tarifrunde 2013/2014 und der Forderung des BBW nach Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamten- und Versorgungsbe-

politik der Landesregierung, die beim BBW und seinen Mitgliedern seit vielen Monaten schon für Ärger und Verdruss sorgt.

Die Vorhaltungen von BBW-Vorsitzenden Volker Stich, seinen Stellvertretern Waldemar Futter und DPoIG-Landeschef Joachim Lautensack, die grüne Landesregierung habe sich seit Amtsantritt schon über

Gebühr bei den Beamten und Versorgungsempfängern bedient, wiesen die Abgeordneten der Fraktion zurück. Die Spareingriffe seien moderat gewesen und unumgänglich. Schließlich mache der Personalkostenanteil im Haushalt mehr als 40 Prozent der Gesamtkosten aus und könne deshalb beim Sparen nicht außen vor bleiben.



Waldemar Futter, stellvertretender BBW-Vorsitzender; BBW-Chef Volker Stich und sein Stellvertreter, DPoIG-Landeschef Joachim Lautensack; die Grünen-Abgeordnete Andrea Lindlohr, ihr Fraktionskollege Andreas Schwarz, Fraktionschefin Edith Sitzmann und die Abgeordnete Muhterem Aras; daneben die Parlamentarische Beraterin Dr. Sandra Detzer (von rechts).



Kein Einvernehmen konnte auch im Gespräch zwischen Finanzminister Schmid, Staatssekretär Murawski und der BBW-Spitze am 15. März 2013 zur Frage der Übernahme des Tarifabschlusses auf die Landesbeamten erzielt werden. BBW-Chef Stich und seine Stellvertreter Lautensack und Rosenberger brachten dabei die Erwartungshaltung der Beamtinnen und Beamten sehr deutlich zum Ausdruck und kündigten für den Fall einer Abkoppelung der Beamtenschaft von der Einkommensentwicklung heftigen Protest an.



DPoIG-Wonneproppen: Web-Sieger des Jahres 2012

Aus allen Wonneproppen-Monatsiegern des letzten Jahres haben unsere Leserinnen und Leser den „Wonneproppen des Jahres 2012“ gewählt.

Die kleine **Lara Kis** hat die meisten Klicks erhalten und ist Web-Siegerin des Jahres 2012.

Herzlichen Glückwunsch an das Web-Sieger-Baby Lara und an die Eltern, welche von der DPoIG ein Präsent gewonnen haben.



DPoIG-Wonneproppen: Web-Sieger des Monats März 2013

Viele DPoIG-Mitglieder klickten sich durch die Fotogalerie der DPoIG-Wonneproppen und wählten dadurch den Wonneproppen-Sieger des Monats März 2013!

Das Baby mit den meisten Klicks hat gewonnen.

Herzlichen Glückwunsch an das WEB-Sieger-Baby Mina Sommer.

Die Eltern erhalten von der DPoIG einen Gutschein für ein Abendessen.



Wonneproppen-Kandidaten April 2013

Heute stellen wir Ihnen die Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl des Wonneproppens des Monats April 2013 vor, die ihre Bewerbung bis zum Redaktionsschluss eingereicht haben. Bitte stimmen Sie unter www.dpolg-bw.de ab und wählen Sie den DPoIG-Wonneproppen des Monats April 2013.

Den Web-Sieger stellen wir jeweils in der folgenden Ausgabe des POLIZEISPIEGELS vor.



Anspruchsvolle Berlinreise

In Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung fand im September zum wiederholten Mal eine Studienreise nach **Berlin** und **Potsdam** statt.

Das anspruchsvolle Programm startete mit einer überaus informativen und witzig-satirischen Betrachtung aktueller politischer Fragen mit Thomas Habicht, Berlin-Berichterstatter der SHZ Zeitungen Radio Brandenburg. Im Verlauf der Reise folgte eine lebhaft Diskussion mit dem Bundestagsabgeordneten Joseph Rief sowie ein Referat von Ralf Kusterer, stellvertretender Bundesvorsitzender der DPoIG, zum Thema Gewalt bei Fußballspielen.

Unsere Hauptstadt wurde bei einer ausführlichen Stadtrundfahrt mit dem Thema „Berlin im Wandel der Zeiten“ und bei einer entspannten Schifffahrt auf der Spree vorgestellt. Das „politische Berlin“ erlebten die Teilnehmer bei einem spannenden Rund-

gang durch die Abgeordnenhäuser und den Bundestag – natürlich mit Besuch der faszinierenden Kuppel und einer Führung durch das Bundeskanzleramt.

Potsdam, die ehemalige Garnisonsstadt des Soldatenkönigs inmitten einer herrlichen Parklandschaft mit Flüssen und Seen wurde auf einer Busexkursion erkundet: Schloss und Park Sanssouci, Schloss Cäcilienhof, bekannt durch die Potsdamer Konferenz im August 1945, Holländisches Viertel und vieles mehr. Und schließlich: Friederisiko im Neuen Palais; ganz besonders war auch der geführte Rundgang durch die Sonderausstellung aus Anlass des 300. Geburtstags Friedrich II.

Trotz des umfangreichen Programms blieb Zeit für eigene Unternehmungen, den Bummel durch das KadeWe, den gepflegten Kaffee im Adlon, für Theater- oder Kneipenbesuch. Fazit: Berlin ist eine Reise wert!

